„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich viermal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48-49; sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56.57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wihblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich vormaliger Zustellung monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. Direkt unter Kreuzband vierteljährlich: für's Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48-49, sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56.57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 599. Berlin, Sonntag, den 25. November 1900. XXIX. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Die große Redeschlacht über die chinesische Angelegenheit ist in viertägiger Debatte zu Ende geführt worden, und man muß gestehen, selbst wenn man nicht zu den eingeschworenen Bewunderern des neuen Reichskanzlers gehört, daß er diesmal als unbestrittener Sieger aus dem parlamentarischen Kampf hervorgegangen ist.

Durch die Erklärung, daß er für den nöthig gewordenen Nachtragskredit die Indemnität des Hauses nachsuche, brach er allen Anklagen wegen dieser Unterlassungssünde der verbündeten Regierungen von vornherein die Spitze ab. Wohl wurde von allen Parteien das eingeschlagene Verfahren und die nicht rechtzeitige Einberufung des Reichstages bemängelt und getadelt, aber die rednerischen Blitze vermochten nicht mehr zu zünden, nachdem Graf Bülow mit einer unverkennbaren Ritterlichkeit eine Art von pater peccavi gesagt und die Nichtwiederkehr derartiger Zustände für seine Person feierlich versprochen hatte.

Seine Abrechnung mit dem Wortführer der freisinnigen Volkspartei verlief womöglich noch glänzender für ihn. Eugen Richter, der sich nicht als prinzipieller Gegner der China-Expedition aufspielte, hätte mit großem Erfolg die Rolle des Anklägers wegen der Nichteinberufung des Reichstages in seiner beredten Weise durchführen können, wäre nur nicht ein Leitartikel des von ihm redigirten Blattes gewesen, der am 4. Juli die Einberufung des Parlaments bekämpft hatte, und zwar mit denselben Gründen, wie das später in der Thronrede geschehen war. Aber dieser Artikel, den Graf Bülow aus dem Dunkel der Vergessenheit hervorzog, genügte, um Richters gesammte Argumentation unter dem Gelächter des Hauses über den Haufen zu werfen. Vergebens fragte der freisinnige Redner, warum sich Graf Bülow gerade nach diesem Artikel vom 4. Juli gerichtet und spätere Artikel Richters, die den entgegengesetzten Standpunkt vertraten, unbeachtet gelassen habe. Der an sich nicht unberechtigte Einwurf machte keinen Eindruck, weil Eugen Richter es unterlassen hatte, anzugeben, an welchen Merkmalen man denn diejenigen Artikel seiner Zeitung erkenne, von denen er wünscht, daß sie Beachtung finden, um sie von jenen zu unterscheiden, deren Rathschläge er nicht befolgt sehen will.

In dritter Linie rednete Graf Bülow auch mit Bebel ab, der von seinem Standpunkte aus in zwei Reden wirklich oratorische Meisterstücke lieferte, deren Eindruck sich schwerlich ein Mitglied des Hauses ganz entzogen haben wird. Aber Bebel hatte das Unglück, seine Angriffe zu übertreiben und der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten den Vorwurf zu machen, daß sie mit grausamer Härte gegen China vorgegangen sei. Hier setzte Graf Bülow ein, um durch Verlesung eines warmen Dank- und Anerkennungsschreibens des chinesischen Gesandten in Berlin an die deutsche Regierung den Nachweis zu führen, daß jedenfalls die chinesischen Diplomaten nicht auf dem Standpunkte der Bebelschen Anklagen ständen. Mit einem Wort, der auch in diesem Fall wohl dokumentirte Reichskanzler verstand es, in eleganten Florettstößen, die seine Gegner zwar leicht verletzen, aber nicht kampfunfähig machen konnten, die Lacher auf seine Seite zu bringen, und wenn es auch nur von Frankreich heißt: „Le ridicule tue“, so kann man doch nicht behaupten, daß ein der Lächerlichkeit verfallener Volksvertreter bei uns in Deutschland seine parlamentarische Stellung dadurch gefestet sieht.

Was sonst von Abgeordneten des Centrums, der Nationalliberalen, der Freisinnigen aller Schattirungen, ja selbst der Frei- und Deutschkonservativen und der Sozialdemokraten Beachtenswerthes in die Debatte geworfen wurde, bezog sich meist auf die Reden, die der gesetzlich unverantwortliche Souverän beim Abmarsch der Truppen gehalten, und auf die sogenannten „Hunnenbriefe“, die von einzelnen Soldaten vom Kriegsschauplatz nach der Heimath gesandt worden waren, und die darzuthun schienen, daß das militärische Wort: „Pardon wird nicht gegeben!“ von den Betreffenden nicht cum grano salis verstanden worden sei. In allen diesen Punkten waren die Entgegnungen und Erläuterungen vom Bundesrathstisch ziemlich matt, so daß man wohl annehmen darf, daß das alte Wort: „Ihr predigt einem schon Bekehrten!“ in diesem Theile des Reichstagssaales im Verlaufe der Diskussion mehrfach im Stillen citirt worden sein mag.

Auch bei der Berathung der 12,000 Mark-Affäre Posadowsky-Woedtke-Bueck, um die Sache ganz kurz zu benennen, trat Graf Bülow mit bereits gefestigterem Ansehen, in der Art jenes Vertheidigers in Strafsachen auf, der das nicht zu Rettende preisgiebt, um den Rest zu retten. So stand er denn nicht an, das Vorgefallene öffentlich zu mißbilligen und die feste Zusage zu geben, daß derlei sich niemals wiederholen solle. Diese Taktik übte abermals ihre beschwichtigende Wirkung aus, wenn auch vielleicht Graf Posadowsky Ursache hat, das bekannte Reimwort, wie folgt, zu variiren:

„Herr Auer hat mich beleidigt? —
Was kann mir's schaden?
Graf Bülow hat mich vertheidigt!
Das muß ich ausbaden!“

Und so kann es kommen, daß das freimüthige Eingestehen begangener Mißgriffe, das sich parlamentarisch so siegbaft erwies, schließlich für die Betroffenen sich noch recht verhängnißvoll zu gestalten vermag.

Die chinesischen Angelegenheiten aber, die so kostbare Zeit in der deutschen Volksvertretung in Anspruch nahmen, schreiten auch in Peking selbst nicht schneller von der Stelle. Graf Waldersee, der Oberkommandirende, hat endlich Li-Hung-Tschang die mehrfach nachgesuchte Audienz gewährt; er hat sie dazu benutzt, die Räumung der Provinz Tschili von allen chinesischen Truppen energisch zu verlangen. Gleichzeitig entsandte er ein aus Dreibundstruppen — Deutschen, Oesterreichern und Italienern — gebildetes Detachement nach Nordwest gegen die Stadt Kalgan am Schlußpunkt der großen chinesischen Mauer vor, um sich dieses Hauptstapelplatzes des Theehandels zu bemächtigen, während sich zur selben Zeit der deutsche Generalkonsul Knappe zum Vizekönig von Nanking begab, um diesen, geschützt durch eine Reihe europäischer Kanonenboote, mit sanftem Druck zu veranlassen, die Sendungen von Geld und Lebensmitteln nach Singanfu an den auszuhungernden chinesischen Hof einzustellen. Alle diese Parallelaktionen zeugen wenigstens von einem zielbewußten Streben der geeint agirenden und marschirenden diplomatischen wie militärischen Macht der verbündeten Kabinette.

Die Entfremdungsvelleitäten, die vorher, namentlich in Petersburg und Washington, zu Tage getreten waren, scheinen bis auf Weiteres in den Hintergrund geschoben. Die schwere Erkrankung des Zaren in Livadia, die, wie man sagt, ihren anfänglich lebensgefährlichen Charakter verloren hat, band namentlich der russischen Diplomatie eine Zurückhaltung auf, die in seltsamem Gegensatz zu der ziemlich provokatorischen Sprache der Petersburger Presse steht. Es ist nur natürlich, daß der bedenkliche Krankheitszustand, wie dies in Rußland regelmäßig der Fall ist, wiederum allerhand Gerüchte aufsprießen ließ, nach denen es sich bei Nikolaus II. nicht um eine natürliche Infektionskrankheit, sondern um eine Vergiftung handeln sollte. Man muß diese Gerüchte für das nehmen, was sie werth sind, nämlich nichts.

In diesem Augenblicke kommt die Krankheit des Zaren vielleicht Niemandem so ungelegen wie dem Präsidenten Krüger von Transvaal, dessen Empfang in Marseille und dessen Reise nach Paris durch die Begeisterungsstürme, die sie entfesselte, einigermaßen an den Triumphzug erinnert, der Napoleon I. bei der Rückkehr aus Elba von Fréjus nach der Hauptstadt bereitet wurde, ein Triumphzug, der, wie man sich erinnert, nach dem Rausch der hundert Tage mit dem Katzenjammer von Sankt Helena endete. Präsident Krüger hat in seiner ersten Ansprache auf europäischem Boden als sein Ziel die Einsetzung eines Schiedsgerichts genannt, wie es auf dem Haager Kongreß unter dem Patronat des Zaren in Aussicht genommen war. Dieser Schachzug war jedenfalls klug ersonnen, aber man kann sich der niederdrückenden Erwägung nicht verschließen, daß trotz der europäischen Volksbegeisterung, die der Sache Transvaals zu Theil wird, wir in Europa noch nicht so weit sind, den Gang der politischen Ereignisse durch noch so wohlgemeinte Volkskundgebungen dauernd beeinflussen zu können. Ohm Krüger, der ein „matter-of-fact-man“ ist, wird die Erfahrung machen müssen, daß Sympathiebeweise, so rauschend sie sein mögen, heutzutage ebenso wenig wie früher im Stande sind, die Diplomatie nach ihren Wünschen zu lenken. Das Mißtrauen der Mächte gegen einander ist trotz der für China erzielten momentanen Einmüthigkeit zu groß, als daß eine von ihnen wagen würde, offen für die Unterdrückten Partei zu ergreifen.

Die Buren freilich, die für ihre Unabhängigkeit und für ihre Existenz kämpfen, zeigen, daß sie im Parteigängerkriege den Polen von 1830, den Spaniern von 1808 und den Franzosen von 1870 nicht nachstehen. Aber von all diesen Nationen, die für ihre Selbstständigkeit fochten, gelang es nur den Spaniern, schließlich zu siegen, weil sie nicht allein standen. Und dieses Alleinstehen, ja dem die Buren verurtheilt scheinen, wird auch schließlich trotz allen Heldenmuthes, den Europa bewundert, ihr Geschick endgiltig besiegeln.

---

* Die Behauptung des Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe, Herrn Abgeordneten Freiherrn **v. Wangenheim**, daß **einflußreiche Personen** sich zwischen den **Monarchen** und den verantwortlichen Reichskanzler schieben und ihm falsche Darstellungen über thatsächliche Verhältnisse geben, wird in der Presse aller Parteien viel besprochen. Ein Abgeordneter der freisinnigen Volkspartei telegraphirt an eine seine Richtung vertretende Zeitung, daß diese Behauptung des Abgeordneten v. Wangenheim auf die Herren Georg v. Siemens und Dr. Wiegand (Generaldirektor vom Bremer Lloyd) hinziele. So weit wir wissen, ist dies nur eine Vermuthung, die irgend welche beglaubigte Nachrichten zum Hintergrunde nicht hat. Das Organ des Bundes der Landwirthe erklärt übrigens heute ausdrücklich, daß Herr v. Wangenheim diese Herren nicht gemeint habe, indem es schreibt:

„Die Quelle, auf die sich der Gewährsmann . . . . stützt, ist nicht „sicher“, sondern durchaus „unsicher“. Wir wissen positiv und machen kein Hehl daraus, daß der Abgeordnete v. Wangenheim solche Unterredungen und diese Kreise nicht im Auge hatte. Die Annahme, daß Seine Majestät der Kaiser sich von solchen Herren und solchen Kreisen falsch unterrichten lasse, liegt dem Herrn v. Wangenheim fern.“

Einzelne Organe verlangen von Herrn v. Wangenheim, er möchte sich jedenfalls etwas deutlicher ausdrücken. Wir können uns diesem Wunsche nur anschließen.

„Und Graf Posadowsky?!“

„Und Graf Posadowsky?“ so rief am Schluß der gestrigen Reichstagssitzung der Abgeordnete Singer aus. Man war in den Reihen der Sozialdemokraten offenbar enttäuscht über die Rolle des stummen Zuhörers, die Graf Posadowsky bei der Verhandlung der Interpellation über die 12,000 Mark-Angelegenheit gespielt hatte, Graf Posadowsky, der Chef des Reichsamts des Inneren, gegen den die Sozialdemokraten in ihrer Interpellation vorgingen, und den der Reichskanzler selbst wohl oder übel desavouiren mußte. — — —

Um elende 12,000 Mark und die Art ihrer Verausgabung handelte es sich gestern, nachdem man fast eine Woche lang über 150 und mehr Millionen Mark und über deren Verausgabung sich unterhalten hatte. Das Reichsamt des Inneren entfaltete einen gewaltigen Eifer in der Agitation für die sogenannte „Zuchthausvorlage“, die nicht nur von den Arbeitern aller politischen Richtungen als ein Eingriff in ihre heiligsten Rechte perhorreszirt, sondern auch von der Mehrheit des Reichstages schon im Prinzip zurückgewiesen wurde. Der Direktor im Reichsamt des Inneren v. Woedtke wandte sich an den Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller, Herrn Bueck, mit dem Ersuchen, ihm Mittel zur Agitation für die Vorlage zu gewähren, und er erhielt die gewünschten 12,000 Mark. Die Sozialisten, die ein merkwürdiges Glück im Brieffinden haben, erfuhren die Angelegenheit durch ein Schreiben des Herrn Bueck, des Geschäftsführers eben jenes Centralverbandes, und versäumten natürlich nicht, die Sache an die große Glocke zu hängen, um zu beweisen, daß die Regierung, wie so oft von ihnen behauptet war, in der That nichts anderes sei als der Kommis der Großindustriellen. Die Interpellation folgte, welche Maßregeln der Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Inneren zu ergreifen gedenke, die an der Sache betheiligt waren. Verstand man unter den „Beamten“ auch den Staatssekretär? Die Antwort giebt der Zwischenruf des Abgeordneten Singer: „Und Graf Posadowsky?!“

Abgeordneter Auer begründete die Interpellation. Er war (wie der Reichskanzler anerkannte, und wie wir deshalb wohl auch anerkennen können, ohne Sozialisten geheißen zu werden) in der Form ziemlich maßvoll. Aber daß er den Vorgang mißbilligte, verurtheilte, kann man ihm nicht nur nicht verdenken, nein, das muß man verstehen und muß man unterschreiben. Der Umstand, daß Herr v. Woedtke sich an den Verband der sogenannten „Scharfmacher“, der Gegner einer Versöhnung auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik, überhaupt wenden konnte, beweist zur Genüge, daß die Sozialdemokraten nicht Unrecht haben, wenn sie den Verdacht äußern, daß die Regierung den Unternehmern näher stehe als den Arbeitern, daß sie eine einseitige, nicht unparteiische Haltung einnehme. Fort mit dem System! Fort mit den dafür verantwortlichen Personen! — das war die Quintessenz der Ausführungen Auers, den wir gestern wieder als den Diplomaten innerhalb der sozialdemokratischen Partei einzuschätzen Gelegenheit hatten.

Fort mit dem System, aber nicht fort mit der Personen! — in diesen Satz läßt sich die Entgegnung des Reichskanzlers Grafen Bülow kurz zusammenfassen. Die Regierung muß sich, so erkennt Graf Bülow nicht nur an, nein, diesen Satz betonte er sehr nachdrücklich, über die Parteien, über die Interessentengruppen stellen, und sie muß auch den Schein, vermeiden, als ob sie von irgend einer solchen Gruppe irgendwie abhängig wäre. Von dieser Grundanschauung, die der Kanzler hegt und auch hegen muß, ausgehend, kam Graf Bülow zu einer Verurtheilung des zur Rede stehenden Vorganges, der, wie er ausdrücklich feststellte, nicht vorgekommen wäre, wenn er sein Urtheil abzugeben gehabt hätte, und den er als Kanzler sich nicht wiederholen lassen würde.

Als Reichskanzler wird Graf Bülow, so erklärte er gestern, solche Dinge inhibiren (Graf Posadowsky hat sich diesen Standpunkt gleichfalls, wie Graf Bülow hervorhob, zu eigen gemacht), und über diese seine Auffassung ist das betheiligte Ressort nicht im Zweifel gelassen worden. Das ist sehr deutlich. Mit anderen Worten: Graf Posadowsky hat, wie man so sagt, eine Nase bekommen. Er saß dabei und schwieg. Offenbar hatte der Reichskanzler als Diplomat erkannt, daß jedes Eingehen in die Details die Stellung des Grafen Posadowsky verschlechtern würde, und so blieb es bei den grundsätzlichen Erklärungen.

Aber besondere Maßregeln gegen einzelne Personen wird der Reichskanzler, so fügte er hinzu, nicht ergreifen. Er begründete das damit, daß es sich bei der Veröffentlichung des Vorganges um eine Intrigue gehandelt habe, die sich gegen den Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren gerichtet hätte. Wir sagen: Niemand weiß es, ob diese Annahme zutrifft; jedenfalls bot sie dem Kanzler eine willkommene Gelegenheit, so zu handeln, wie er es sich vorgesetzt. Wir fassen die Angelegenheit etwas anders auf. Die Sozialdemokraten selbst legen das Vorkommniß dem herrschenden System zur Last. Graf Bülow hat in der That das System scharf verurtheilt. Das ist „billig und recht“. Muß er nun, so fragt man weiter, die „Sühne“ auf der Stelle eintreten lassen dadurch, daß er einen Sündenbock und vielleicht noch einen in die Wüste hinausschickt, worauf Abgeordneter Singer mit seiner Bemerkung anspielte: „Und Graf Posadowsky?!“

Die Antwort hatte Abgeordneter Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung schon im Laufe der Diskussion gegeben. Er sagte, wenn ein Beamter vor dem Reichs-

Hierzu „Deutsche Lesehalle“ Nr. 47.